

Die russische Herausforderung des "Westens"

Autor(en): **Olshausen, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 03

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die russische Herausforderung des «Westens»

Die Ereignisse im Kaukasus sollten allen Mitgliedstaaten von NATO und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und grossen Zwistigkeiten zwischen beiden Organisationen überwunden werden müssen, wenn der Westen in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle spielen will.

Klaus Olshausen

Die seit September drastisch verschärfte und alle Regierungen und internationalen Organisationen fordernde Finanzkrise mit weiteren heftigen Auswirkungen auf die jeweilige nationale wie die Weltwirtschaft kann nicht vergessen lassen, dass die geopolitische Lage in Europa sich seit dem 8. August erneut für alle sichtbar verändert hat. Einige Kommentatoren sehen die Konsequenzen für die Region, aber vor allem für die internationale Politik ähnlich dramatisch wie – aus ganz anderen Gründen – durch die Attentate der Terroristen am 11. September 2001 in Amerika. Dabei ist bemerkenswert, dass Putin die Auswirkungen der georgischen Massnahmen am 7. und 8. August für sein Land sogar mit dem 11. September 2001 gleichsetzt.

Russische Bereitschaft zur Intervention

Festzuhalten ist aber: Die Russen mit Putin und Medwedew – auch in dieser Reihenfolge – haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land wie Georgien mit einer demokratisch gewählten Regierung die freie Entscheidung für eine Orientierung nach Westen in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union zu verwehren. Denn dies ist der eigentliche politische Zweck und die klare Botschaft an die Allianz und die Europäische Union.

Die politische Zuspitzung hatte sich seit 2003 (Rosenrevolution in Georgien) über 2006 und dann seit der Putin Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 verstärkt und war in den Monaten seit April 2008 von den Russen zielgerichtet ins Auge gefasst worden. Dem entsprechen auch alle militärischen Vor-

bereitungen, einschliesslich einer umfangreichen Übung im Nordkaukasus in den Wochen, ja Tagen vor dem Angriff.

Politik mit Einmischung gewaltsamer Mittel

Der russische Krieg gegen Georgien folgte dem Clausewitz Grundsatz, dass die Staatsführung den Krieg, sei er geplant oder «unvermeidlich», niemals der politischen Kontrolle entgleiten lassen darf. Denn ... «so ist es ganz ihre Sache (der Politik) und kann nur die ihrige sein zu bestimmen, welche Ereignisse und welche Richtung der Begebenheiten dem Ziele des Krieges entsprechen»

In Georgien wurde vorgeführt, welche Folgen ein Widersetzen gegen russische Interessen hat.

(Clausewitz, S. 686¹). In Georgien wurde vorgeführt, welche Folgen ein Widersetzen gegen russische Interessen hat: Die ungelösten Territorialprobleme wurden mit der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens perpetuiert (auch mit der Absicht, die Argumente derer im Westen zu unterstützen, dass ein Land mit ungelösten territorialen, politischen Problemen nicht Mitglied der Allianz oder der EU werden kann) und die (begrenzte) eigene militärische Macht wurde zielgerichtet eingesetzt, aber nicht überfordert. Kurz gesagt, ein Krieg als «Unternehmung, die unmittelbar auf politische Beziehungen gerichtet ist» (Clausewitz, S. 53).

Betrachtet man die russische Zielrichtung, so kann in der Zweck-Ziel-Mittel-

Hierarchie festgehalten werden, dass bisher nur die faktische Abtrennung von Südossetien und Abchasien politisch, rechtlich (aus russischer Sicht) und militärisch verstärkt worden ist. Dagegen hat die Aktion nicht zum Fall Präsident Saakaschwili oder gar einem Regimewechsel geführt, ja noch nicht einmal zu einer Reorientierung der nach Westen (Richtung NATO und EU) ausgerichteten georgischen Aussenpolitik. Ob der politische Zweck gegenüber den NATO- und EU-Mitgliedstaaten erreicht ist, bzw. noch werden kann, darf bezweifelt werden, wenn NATO und EU wie bisher ihre Unterstützung für ein unabhängiges, demokratisches Georgien fortsetzen, ja sogar verstärken. – Damit bleibt die Frage, ob Russland im August einen Pyrrhus-Sieg erzielt hat, d.h. einen Schachzug gewonnen, aber die Partie – potenziell verloren. Allerdings wird dies vom weiteren Handeln von EU und NATO abhängen.

Überschätzung der militärischen Möglichkeiten

Auch der georgische Präsident handelte als politisch Verantwortlicher und hatte wohl das Ziel nach der erfolgten Rückführung der abtrünnigen Provinz Abchasien auch das Südossetien Problem zügig in seinem Sinne zu lösen, um aus der Klemme der ungelösten Probleme – als Argument schon gegen die Aufnahme Georgiens zumindest in den MAP-Prozess der NATO genutzt – herauszukommen und damit seinem eigentlichen politischen Zweck näher zu kommen. Er hat militärisches Handeln ausgelöst. «Aber [er] hat an [seinen] Krieg Forderungen [ge]macht, die er nicht leisten kann» (Clausewitz, S. 686), und hat damit «gegen die Voraussetzung, dass sie [die Politik] das Instrument kenne, wel-

ches sie gebrauchen will, also gegen eine natürliche, ganz unerlässliche Voraussetzung» gehandelt. Er hat aber auch die politischen Grössen und Verhältnisse und damit die Wahrscheinlichkeit des Charakters und der Hauptumrisse seiner militärischen Aktion falsch beurteilt. Es kann offen bleiben, in welchem Umfang hierzu die von Clausewitz beispielhaft genannte Eitelkeit der Regierenden aus-

Er hat die politischen Grössen und Verhältnisse und damit die Wahrscheinlichkeit des Charakters und der Hauptumrisse seiner militärischen Aktion falsch beurteilt.

schlaggebend war. In jedem Fall brauchte er nach dem Einmarsch russischer Streitkräfte dringend Unterstützung von NATO, EU und USA, um ein Ende der russischen Kampfhandlungen zu erreichen und eine dauerhafte Besetzung weiterer Teile Georgiens zu verhindern. Es hiesse wohl die Interpretation seines Handelns zu weit zu treiben, wollte man unterstellen, dass er die Abfolge der militärischen Ereignisse durchaus vorausgesehen hat und dies nutzen wollte, um die Solidarisierung des Westens zu verstärken und so künftige russische Pressionen oder militärische Aktionen abzuwenden.

Weitreichende Konsequenzen

Aus den geschaffenen Fakten durch die (Fehl-)einschätzungen des georgischen Präsidenten und die planvolle Vorbereitung Russlands seiner militärischen und politischen Aktionen vor und nach dem 7. August folgen weiterreichende Aspekte, insbesondere für die Nordatlantische Allianz, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika, kurz gesagt den «Westen». Mit Clausewitz kann man feststellen, dass es «Unternehmungen gibt, die vorzugsweise geeignet sind, Bündnisse des Gegners (aus russischer Sicht) zu trennen, oder ... (aus georgischer Sicht) neue Bundesgenossen zu erwerben» (Clausewitz, S. 51). Ob den Russen ers-

teres gelingt, oder Georgien eine stärkere Solidarität der EU und der NATO erreicht, wird von den Antworten auf folgende Fragen abhängen:

- Wird, kann und will dieser Westen die Souveränität und territoriale Integrität eines demokratischen Georgiens nicht nur verbal fordern, sondern auch dafür eintreten?
- Wird der Westen wachsam sein und handeln, damit durch russische Einwirkung kein undemokratischer Regimewechsel in Georgien herbeigeführt wird?
- Wird der Westen das faktische politisch-militärische Veto gegen die freie Entscheidung Georgiens und ggf. der Ukraine für eine Politik der angestrebten Mitgliedschaft in der Allianz und in der EU hinnehmen oder bereit sein, dieses Streben weiter aktiv zu unterstützen und zum Erfolg zu führen?
- Oder wird der Westen das aggressive Verhalten Russlands (das ja nicht den «Abzug» sondern den «Rückzug» lediglich aus «Kern-Georgien» angekündigt hat und nur dies seit dem Treffen mit der EU Troika am 8. September mit Verzögerungen durchgeführt hat) vor sich selbst eher zur Erklärung nutzen (bei der einen oder anderen Regierung sogar mit Erleichterung), dass jetzt auf (un)absehbare Zeit konkrete Schritte für die Mitgliedschaft Georgiens in beiden Organisationen nicht ins Auge gefasst werden können oder gar dürfen?
- Wird der Westen erkennen, dass dies nur ein erster Schritt des wieder erstarkten Russlands war und andere gegenüber dem sogenannten «nahen Ausland» folgen werden und dass deshalb eine Politik gegenüber den Staaten des Südkaukasus, der Ukraine, aber auch – abgestuft – Zentralasiens verfolgt werden muss, die diese Länder gegen Pressionen aus Moskau stärkt und sie nicht – wegen westlicher Untätigkeit oder Ohnmacht – gegenüber dem «neuen (alten) Russland» zur Anpassung an oder gar Unterwerfung unter russische Vorgaben zwingen wird.
- Wird der Westen Massnahmen ergreifen, um den Russen zu zeigen, dass die Sicherheit der Allianz gestern, heute und in Zukunft unteilbar ist und ihre Bereitschaft und Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung aller Mitglieder politisch und militärisch

von Russland ernst genommen werden muss?

Verlorene staatliche Einheit Georgiens

Bei der Betrachtung dieser Fragen kann ein Lob eines Waffenstillstandes mit Ungenauigkeiten und Fussangeln ebenso wenig befriedigen wie die gewiss zu begrüssende Beobachtermission der EU, die seit dem 1. Oktober immerhin, aber eben auch nur im sog. Kerngebiet Georgiens eingesetzt ist. Zwar ist die politische Unterstützung für ein souveränes, ungeteiltes Georgien, die Schaffung einer «NATO-Georgien-Kommission» und angekündigter engerer Zusammenarbeit mit der EU sowie die humanitäre und Wiederaufbauhilfe des Westens für dieses Land auch ein wichtiges Zeichen gegenüber Russland, dass es die Trennung des Westens von Georgien nicht erreichen kann. Aber an der faktischen Abtrennung von Abchasien und Südossetien, gestützt auf die ausgreifende politische und militärische

Die Russen haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land die freie Entscheidung für (s)eine Orientierung zu verwehren.

Macht Russlands, wird sich nichts ändern. Der «Westen» wird zwar an der Beurteilung dieser Massnahmen als völkerrechtswidrig festhalten, aber das wird keine (unmittelbare) Auswirkung in Richtung einer Entwicklung zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Georgiens haben.

Aussetzung des NATO-Russland-Rates

Die NATO hat Russland ohne scharfe Worte deutlich signalisiert, dass turnusmässige Sitzungen des NATO-Russland-Rates nicht möglich sind, «solange die russischen Truppen Georgien praktisch besetzt haben». Das Aussenministertreffen der Allianz im Dezember hat Signale gesandt, trotz der einseitig erklärten Unabhängigkeit von Abchasien

und Südossetien und nach der russischen Anerkennung mit dieser Begründung verstärkten Anwesenheit russischer Truppen einen schrittweisen Weg aus der Sprachlosigkeit im NATO-Russland-Rat zu suchen und den Gesprächsfaden mit dem Ziel international vereinbarter Fortschritte (wieder) aufzunehmen, ohne grundsätzliche Positionen und Ziele aufzugeben.

Der Sondergipfel des Europäischen Rates unter der französischen Präsidentschaft am 1. September und das Treffen am 8. September in Moskau brachten ein sehr gemischtes Ergebnis. Zwar hat Russland inzwischen sein Militär aus dem «Kerngebiet Georgiens» bis Mitte Oktober zurückgezogen, aber dies wird absehbar nicht für die Gebiete Südossetiens und Abchasiens erreicht werden – die ursprüngliche Forderung der EU im «6-Punkte-Plan». Den Mitte Oktober begonnenen und im November fortgesetzten internationalen Experten-Gesprächen in Genf wird in dieser Frage kein Erfolg beschieden sein, zumal die Russen bereits im September ihre Kontingente in beiden Regionen auf jeweils 3800 Soldaten erhöhten und vertraglich eine permanente Präsenz einrichteten. Dies wird mit diplomatischem Druck des Westens ebenso wenig verändert werden können wie die einseitige russische Anerkennung der Unabhängigkeit beider Regionen. Damit zeichnen sich für die oben genannten Fragen schon jetzt gemischte, ja teilweise negative Antworten ab.

Analyse aus Sicht Carl von Clausewitz

Ersetzt man das Wort «Krieg» bei Clausewitz durch die Worte «dynamische komplexe Probleme» dann können seine Einsichten vielfältig auf diese Krisenentwicklung angewandt werden und für die Analyse und das Verstehen der Zusammenhänge ebenso nützlich sein, wie für das Abschätzen künftiger Handlungsmöglichkeiten.

Für den Zusammenhalt des Westens erscheint in diesem Zusammenhang besonders gravierend, dass die dringend erforderliche enge Konsultation zwischen der Allianz und der EU in den letzten Wochen, ja Monaten nur unzureichend stattfindet und gemeinsame Treffen der entsprechenden Gremien für diese Abstimmung bisher nicht vorgesehen worden sind. Das wird gemeinsame und trag-

fähige Antworten auf die neuen Herausforderungen deutlich erschweren. Dies ist durch die kritische Bewertung der Positionen der EU durch den Nato Generalsekretär beim Besuch mit dem Nordatlantikrat in Tiflis nach dem Treffen der EU mit der Kreml-Führung schon erkennbar geworden, zumal Kommissionspräsident Barroso praktisch parallel äusserte, dass schon nach Rückzug der russischen Truppen – nur aus dem georgischen «Kerngebiet» – die Verhandlungen über einen neuen Partnerschaftsvertrag mit Russland fortgesetzt werden könnten, was dann von den Aussenministern im November auch gebilligt worden ist.

Russland ist keine unverzichtbare Nation

Trotz der bisher einstimmigen Entscheidungen der EU und auch der Allianz liegen die Einschätzungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen vielen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten noch erkennbar weit auseinander. Mit dem Argument, dass beide – Russland und Georgien – gleichermassen verantwortlich sind, und mit dem Hinweis, dass viele internationale Herausforderungen nicht ohne oder gar gegen Russland sondern nur mit Russland zu bewältigen sein werden,

Wird der «Westen» das faktische politisch-militärische Veto gegen die freie Entscheidung Georgiens hinnehmen?

wird versucht, klare und eindeutige Aussagen zur russischen Politik in seinem «nahen Ausland» nicht zustande kommen zu lassen oder bis zur Unwirksamkeit abzuschwächen. Eine wirksame Politik des Westens kann gegenüber dem autokratisch machtbewussten Russland nicht auf der Prämisse von Russland als einer «unverzichtbaren Nation» beruhen. Denn das reduziert die eigenen politischen Ziele von vorneherein und bedeutet, dass die russische Führung bei jedem Schritt aggressiver Pressions- und Kriegspolitik davon kommt und zumindest einen Teil der «Gewinne» einsammelt. Damit wird eine realistische, aber

zugleich unmissverständliche Politik gegenüber Russland scheitern. Letztlich wird es darauf ankommen – vielleicht die Quadratur des Kreises – die Unterstützung eines uneingeschränkt souveränen Georgiens und seiner ausserpolitischen Entscheidungsfreiheit ebenso zu verfolgen wie – bei klaren Aussagen zum russischen Verhalten – dennoch zu erreichen, dass ein generell konfrontativer, ja militärischer Vormarsch der Russen im «nahen Ausland» ebenso vermieden wird wie eine politische Ausgrenzung oder Isolierung Russlands – dessen Selbstisolierung durch Autokratie nach innen und Pressionspolitik nach aussen allerdings nicht ausgeschlossen werden kann.

Klar ist, dass die Russen darauf aus sein werden, mit allen möglichen politischen, ökonomischen und ggf. militärischen Massnahmen die erkennbaren unterschiedlichen Interessen und politischen Handlungsweisen der Staaten in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz, insbesondere der USA auch nach der Präsidentenwahl, für ihre machtpolitischen Zwecke auszunutzen, ja diese Unterschiede möglichst zu Gegensätzen innerhalb und zwischen beiden Organisationen zu verstärken oder bis zu einer Spaltung des «Westens» voranzutreiben. Das unterstrich Medwedew mit seiner scharfen Rede am Tag nach der Wahl in den USA, in der er die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der Kaliningrad-Region ankündigt. Er nutzt das Thema der strategischen Raketenabwehr, nachdem sein Vorgehen gegen Georgien, den «Westen» bisher nicht auseinanderbringen konnte, um weitere Uneinigkeit zu erreichen und zu schüren.

In Kenntnis dieser russischen Absicht wird das politische Handeln des «Westens» gegenüber Russland – auf der Grundlage der Ergebnisse für Georgien – natürlich die gesamte Region und die entscheidenden politischen Themen, wie Iran, Nordkorea, Proliferation von MVW oder dem Kampf gegen den Terrorismus einschliessen müssen.

Wenn Russland im «nahen Ausland» seine Maximalforderung des Wohlverhaltens frei und demokratisch gewählter Regierungen nicht aufgeben, ja sogar eher noch ausdehnen will, dann muss der «Westen» auch überlegen und entscheiden, wie die funktionalen Themen der Weltpolitik zum Teil ohne Russland und das zentrale Thema der Souveräni-

tät der Staaten des «nahen Ausland» trotz des Widerstandes von Russland unterstützt und durchgesetzt werden kann.

Überprüfung der militärischen Konzepte

Zusätzlich zu den schwierigen, ja kontroversen politischen Diskussionen in der EU und der Allianz werden mittelfristig auch Auswirkungen auf die Konzepte für künftige militärische Einsätze und Kriege erneut überprüft werden. Russland hat gezeigt, dass es Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Einsätze im elektronischen Internetspektrum gegen einen – allerdings militärisch drastisch unterlegenen – Gegner nach dem Prinzip von Colin Powell von 1990 «overwhelming mass/force» führen kann und will, noch nicht jedoch im Sinn von «overwhelming power» (Rumsfeld). Die zunehmende Konzentration künftiger militärischer Strategien und Konzepte und die Modernisierung der Streitkräfte in NATO und EU auf Stabilisierung und «Counterinsurgency» wird überdacht werden und die Herausforderungen konventioneller, klassischer Staatenkriege in diesem Jahrhundert werden in neuer Art und Weise einbezogen werden müssen.

Zunächst aber wird die Allianz einen Konsens finden müssen, ob die Annäherung der Ukraine, aber auch Georgiens nunmehr ohne weitere Verzögerung in den kommenden Jahren verfolgt werden soll oder ob die «rote Linie» der Russen akzeptiert wird. So wie die Russen die Entscheidung des Gipfels der Allianz in Bukarest zu ihren Gunsten interpretiert und genutzt haben, werden sie jedes Zögern oder Aufschieben in dieser Frage als Ermutigung für ihr weiteres Vordringen im «nahen Ausland» deuten und – entsprechend handeln.

Zwistigkeiten zwischen NATO und EU überwinden

Wenn neue «Vorhänge» in Europa vermieden werden sollen, dann darf sich der «Westen» eine Zersplitterung ebenso wenig leisten wie eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen, mehr deklarativen politischen Nenner. Das Treffen der Außenminister der Allianz Anfang Dezember war ein deutliches Zeichen, wie schwierig es für die Mitgliedstaaten ist, klare, eigene Positionen zu formulieren und in politisches Handeln

umzusetzen. Damit werden weitreichende politische Weichenstellungen noch vor dem NATO Gipfel in Kehl-Straßburg im April 2009 und vor dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon der EU eher unwahrscheinlich, so dringend sie gefordert wären. Denn diese Entscheidungen erlauben keinen Aufschub und werden 2009 von NATO und EU gemeinsam mit einer neuen Administration in den USA erarbeitet und getroffen werden müssen.

Klar ist, dass die Russen mit politischen, ökonomischen und ggf. militärischen Massnahmen die unterschiedlichen Interessen in EU und NATO ausnutzen.

Die Ereignisse im Kaukasus könnten und sollten allen Mitgliedstaaten von Allianz und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und grossen Zwistigkeiten zwischen beiden Organisationen überwunden werden müssen, wenn der Westen in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle erreichen, behalten und verstärken will.

Schlussbemerkungen

Betrachtet man die Einsichten von Clausewitz unter dem erweiterten Aspekt dynamischer komplexer Situationen, dann erhält man für die anstehenden Entscheidungsfindungsprozesse und Handlungsmöglichkeiten eine Reihe von Orientierungen für die eigene Analyse und Strategieentwicklung und -begrenzung². Komplexität zeichnet sich durch viele Variablen aus, die nicht nur eigenständig verändert werden können sondern dabei jeweils auch andere Variablen beeinflussen bzw. selbst von anderen beeinflusst werden (u.a. Clausewitz, S. 129 ff.)

Darüber hinaus ist entscheidend, dass die Vielfalt der eigenständigen Akteure eine nicht-lineare Dynamik schaffen. Gewaltspiralen sind nur ein Beispiel und in der Wirklichkeit nicht das immer überragende (Clausewitz, S. 43 ff.). Das Aktion-Reaktion-Schema unabhängiger Akteure entzieht sich mathematischer Genauigkeit. Es geht um Wahrchein-

lichkeiten, zu denen die Friktionen und Zufälle hinzutreten und dies in Verbindung mit knappen Ressourcen, z.B. Zeit, Menschen, Finanzen, weitere Mittel. Nimmt man hinzu, dass in solchen komplexen politischen Krisenlagen Gefahren lauern und ständig Ungewissheit zu überwinden, ja auszuhalten ist (Clausewitz, S. 63 f.), dann wird erkennbar, dass die Regierenden in NATO, EU und Russland einerseits ihre Entscheidungsfähigkeit behalten müssen, aber dabei das wahrscheinliche Agieren und Reagieren der anderen Seite in ihre Krisenplanungen einbeziehen und aufmerksam und beweglich genug bleiben, um auf unerwünschte Reaktionen wie auf überraschende Aktionen angemessene, den eigenen Zielen dienende Massnahmen zu treffen. Bleibt der politische Zweck des Handelns der EU wie der Allianz «a Europe whole, free and at peace», dann gilt es nach Clausewitz Völker, Regierungen und eingesetzte Organisationen/Strukturen (z. B. Streitkräfte) bei der Bewältigung einer komplexen Krisensituation im Blick zu haben, ihre Interdependenzen zu erfassen (Clausewitz, S. 46 f) und daraus zielgerichtet Entschlüsse für das eigene Vorgehen zu fassen und umzusetzen. Und dies im Bewusstsein, dass die «Wirkung, welche irgendeine Massregel auf den Gegner hervorbringt ... das Individuellste (ist), was es unter allen Datis des Handelns gibt» (Clausewitz, S. 108). Man kann nur hoffen, dass die führenden Persönlichkeiten den Clausewitzschen coup d'oeil und die damit verknüpfte Entschlossenheit besitzen (Clausewitz, S. 65), um zunächst in einer Konfiguration zu 26 bzw. 27 Konsens zu schaffen und dann im Handeln gegenüber Russland und den Ländern der Region in dieser komplexen, komplizierten und – gefährlichen Lage «mit Sicherheit und Erfolg (zum gesteckten Ziel) vorzuschreiten» (Clausewitz, S. 67). ■

- 1 Alle Zitate aus: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 4. Auflage 2003, München, Ullstein-Ausgabe
- 2 Dazu auch Al-Sabah, Nabil, Die Unlogik des Gelingens, masch.-schr. MS, November 200



Generalleutnant aD
Klaus Olshausen
Dr. phil.
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft
D-53340 Meckenheim